

Frau Lübbert verwies eingangs auf die Verwaltungsvorlage, die bereits ausführlich über den aktuellen Sachstand informiere.

Sie schilderte, dass sich die Umsetzung und Weiterarbeit mit den Daten der Sozial- und Gesundheitsplanung nicht optimal gestalten. Dies liege mitunter daran, dass sich die Kommunen regelmäßig neuen Herausforderungen, wie z.B. aktuell dem Ukrainekrieg und der damit verbundenen Energiekrise, stellen müssten, was insbesondere für die kleineren Gemeinden, deren personelle Ressourcen ohnehin knapp seien, schwierig sei.

Das Kreissozialamt stehe in regem Austausch mit den vier Kommunen, in deren Quartiersprofilen besondere Aufmerksamkeitsbedarfe bestehen. Dabei werde an der Entwicklung von Zielgruppen und Maßnahmen gearbeitet. Hierzu seien auch Einzelworkshops geplant.

Hinsichtlich der seitens der Politik gewünschten Datenplattform, mittels derer ein vereinfachter, unterjähriger Datenabruf möglich werden sollte, teilte sie mit, dass die hierfür ursprünglich vorgesehene Landesförderung leider nicht zustande gekommen sei, da die für den Baustein eingeplanten Fördermittel aus dem Programm „Zusammen im Quartier“ bereits in 2022 ausgeschöpft und eine Antragstellung für 2023 nicht mehr möglich gewesen sei. Bspw. habe eine Anforderung in der Einbeziehung technischer Bereiche bestanden, in deren Rahmen Gespräche mit dem Umwelt- und dem Katasteramt geführt worden seien. Diese seien zwar aufschlussreich, im Ergebnis jedoch noch nicht zielführend gewesen, dass ein Förderantrag hätte gestellt werden können. Hausintern werde daher derzeit nach einer Lösung gesucht, die Datenplattform doch noch zu beschaffen.

Als Nächstes nahm sie Bezug auf die „abgeschottete Statistikstelle“. Die Verwaltung sei zurzeit damit befasst ein Konzept zu den Möglichkeiten der Umsetzung zu erstellen. Frau Lübbert schilderte, dass eine Überlegung darin bestehe, sich hierfür eine seit längerer Zeit bei der Wirtschaftsförderung unbesetzte und ursprünglich für den Bereich „Statistik“ vorgesehene Stelle zu Nutzen zu machen. Zu bedenken sei auch die Möglichkeit einer abgeschotteten Statistikstelle, um den mit der Digitalisierung einhergehenden, erhöhten Anforderungen Rechnung zu tragen und die Kommunen besser unterstützen zu können. Perspektivisch könne der Rhein-Sieg-Kreis hier als Dienstleister für die Kommunen agieren.

Hiernach meldete sich KTM Schmitz zu Wort, der Frau Lübbert für die informative Berichterstattung dankte. Ihn erfreue insbesondere die positive Entwicklung hinsichtlich der angestrebten „abgeschotteten Statistikstelle“, da die Quartiersarbeit in den Kommunen hierdurch vorangetrieben werden könne. Ebenso sei er auf die neusten

Entwicklungen in Sachen „Datenplattform“ gespannt. In diesem Zuge bat er die Verwaltung, den Ausschuss fortlaufend über die neuen Sachstände zu informieren.

KTM Haacke schloss sich seinem Vorredner an. Es sei erfreulich, dass das Thema „Daten für Taten“ mit Leben gefüllt werde und die bisherigen, kommunalen Anstrengungen auf diese Weise ergänzt werden. Im Hinblick auf die „abgeschottete Statistikstelle“ äußerte er, zwar seien ihm die personellen Schwierigkeiten durchaus bewusst; dennoch würde er es begrüßen, wenn die hierfür in Betracht gezogene Stelle zeitnah besetzt werden könnte. Abschließend dankte er der Verwaltung für die bisherigen Bemühungen in der Sache.

Auf die Frage vom SkB Eichner, wie die Landesmittel für die „Datenplattform“ bereits Ende des 3. Quartals 2022 ausgeschöpft sein konnten, erwiderte Frau Lübbert, dass sich das Land hier schlicht und ergreifend verkalkuliert und die Zahl der Förderanträge unterschätzt habe. Anschließend erkundigte er sich danach, ob es offensichtliche Gründe dafür gebe, weshalb sich nur 9 von 13 Kommunen auf die Bedarfsabfrage zu einer „abgeschotteten Statistikstelle“ zurückgemeldet hätten. Frau Lübbert negierte dies und stellte gleichzeitig klar, dass die Rückmeldequote einen guten Querschnitt abbilde.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.